

Der Bote



Das Informationsblatt des
SPD-Ortsverein Harsefeld
02 / 06

Termin:

Die Kommunalwahl: 10.09.2006

Themen:

- S.1 Heiko Sudwischer
- S.2 Die Kosten der Bildung
- S.2 Macht Sitzenbleiben noch Sinn
- S.3 Droht der Weg in eine Zweiklassenschulbildung
- S.3 Kanzlerin Merkel gegen Wirtschaft als Unterrichtsfach
- S.3 Komment. zur Bildungspolitik
- S.4 Kandidatenliste zur Wahl 2006
- S.5 Schweden : Vorfahrt für erneuerbare Energien
- S.6 Bürgerwehr (Kommentar)
- S.7 SPD-Kinderfest
- S.7 Porträt: Marlene Gerken
- S.8 Solidarität: Der EU-Rat

Bürgermeisterkandidat Heiko Sudwischer setzt gleichermaßen auf Erfahrung und Jugend

Nachdem Lothar Marg signalisiert hatte, dass er für eine weitere Kandidatur nicht mehr zur Verfügung stehen würde, kam man innerhalb des SPD-Vorstandes frühzeitig zu der Entscheidung, Heiko Sudwischer als Bürgermeisterkandidaten ins Rennen zu schicken.

Diese war gestützt und getragen von der Erkenntnis, dass die SPD mit einem klaren Bekenntnis zum Führungsanspruch innerhalb des

Fleckens auch einen starken Bürgermeisterkandidaten aufbieten muss. Heiko Sudwischer ist schon seit vielen Jahren Ratsherr in

„Kandidatenlisten 2006“ hervorragend gelungen, den Wunsch nach Verjüngung durchzusetzen. So sind als klares Signal fünf der ersten sechs



Abb.: Heiko Sudwischer, SPD-Bürgermeisterkandidat für den Flecken Harsefeld

Samtgemeinde- und Fleckensrat. Als Fraktionsvorsitzender der SPD hat er die Geschicke der Samtgemeinde mitgestaltet. Als aktiver Schulleiter war ein Schwerpunkt seiner Arbeit die Schulpolitik. So hat er sich seit den frühen 90ern unbeirrt für die Einführung eines Gymnasiums in Harsefeld eingesetzt.

Heiko Sudwischer legt jetzt sein ganzes Augenmerk auf die Kommunalwahl im Flecken, macht in der Samtgemeinde den Weg frei für die Jungen und überließ den ersten Listenplatz dem Ortsvereinsvorsitzenden Martin Behrmann.

Unter seiner Führung ist es der Arbeitsgruppe „Kandi-

Kandidaten(innen) für die Samtgemeinde unter 42 Jahren alt, 8 von 16 treten zum ersten Mal zur Wahl an. An der Entstehung dieser Listenqualität hat Heiko Sudwischer maßgeblichen Anteil. Gleiches gilt für unsere aussichtsreichen Kreistagskandidaten Stefan Bunjes (38 Jahre) und Michael Ospalski (40 Jahre).

(Autor: Martin Behrmann)



Mehr Bildung muss nicht mehr kosten

Mehr Bildung muss den Staat nicht mehr Geld kosten. Zu diesem Ergebnis kommt eine am Mittwoch veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Auch bei einem Anstieg der Ausgaben pro Schüler um ein gutes Zehntel in den kommenden Jahren können die staatlichen und privaten Gesamtausgaben demnach bei jährlich 110 Milliarden Euro eingefroren werden. Möglich wird dies nach Ansicht des IW durch die demographische Entwicklung und einen die Effizienz steigenden Umbau des Bildungssystems. Das Institut schlägt eine Reihe von Änderungen im Bildungssystem vor, die für den Staat im Jahr 2020 etwa 20 Milliarden Euro Mehrausgaben bedeuten würden.



Es plädiert unter anderem für gebührenfreie Kindergärten, deren Besuch ab dem vierten Lebensjahr verpflichtend sein soll, sowie

für Ganztagschulen. Während die privaten Haushalte bei den Ausgaben für Kindergärten entlastet werden, sollen nach den Vorstellungen des IW an den Hochschulen Studiengebühren in Höhe von jährlich 2500 Euro fällig werden. Im Gegenzug zu den Mehrausgaben soll der Staat dem Konzept zufolge durch den Umbau des Bildungssystems 10,5 Milliarden Euro einsparen. So geht das Institut etwa davon aus, dass durch die intensivere Betreuung an Ganztagschulen der Anteil der "nicht ausbildungsfähigen Schüler" deutlich gesenkt wird. So könne bei teuren Nachschulungen in der Berufsvorbereitung gespart werden. Die verbleibenden zusätzlichen Ausgaben für den Staat in Höhe von knapp zehn Milliarden Euro werden laut IW von der demographischen Entwicklung vollständig aufgefangen. Denn durch den Rückgang der Schülerzahlen würden die Kosten für Schulen und Lehrer geringer ausfallen.

(Quelle : AFP)

Macht die "Ehrenrunde" noch Sinn?

Verona Pooth ist einige Male sitzen geblieben und hat am Ende gar keinen Abschluss mehr gemacht. Boris Becker und Edmund Stoiber mussten auch eine Klasse wiederholen. Für sie ist die neu entbrannte Debatte überflüssig.

Nach einer Studie der OECD ist die Zahl der Schüler, die schulische

Misserfolge erleben, nirgends höher als in Deutschland. Die Frage, ob Sitzenbleiben sinnvoll ist oder nicht, ist schon seit Jahren ein Glaubenskrieg unter Pädagogen und Bildungspolitikern.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) trommelt beständig gegen die Ehrenrunde. Die Kosten für Ehrenrunden beziffern die Lehrerlobbyisten auf insgesamt 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Die Zahl der Sitzenbleiber sei mit rund 250.000 Schülerinnen und Schülern pro Jahr "erschreckend hoch". Zu den Sitzenbleibern kommen in Deutschland noch rund 200.000 Schüler pro Jahr, denen ein Schulwechsel verordnet oder ein Schulabbruch nahe gelegt wird. "Die Klasse zu wiederholen, bringt den meisten Schülerinnen und Schülern keine Verbesserung der Leistung. Was macht es bei zwei Fünfen für einen Sinn, ein Jahr lang den Stoff in allen Fächern zu wiederholen? Das Sitzenbleiben frustriert die Kinder und Jugendlichen und stempelt sie zu Versagern", so Marianne Demmer, stellvertretende GEW-Vorsitzende. Doch was tun gegen das Sitzenbleiben? Lehrerorganisationen, Bundeselternrat, Schulpsychologen und Bundespolitiker debattieren, diskutieren, streiten... Noch ist keine Lösung in Sicht. Einige Organisationen bieten "erste Hilfe" an. Ein Anruf beim "Elterntelefon" kann im Fall des schlechten Zeugnisses

weiterhelfen. Dort erteilen Experten Ratschläge, wie man seinem Kind schultechnisch Beistand leisten und es fördern kann. Parallel zum Elterntelefon können Schüler die so genannte "Nummer gegen Kummer" wählen. Unentgeltlich werden Kinder und Jugendliche bei schlechten Zensuren und in anderen Notsituationen beraten.

**Elterntelef.:0800 / 1110550
Nummer gegen Kummer:
Telefon: 0800 / 1110333**

Sachsen-Anhalt geht innovative Wege und startet im kommenden Schuljahr ein Sonderprogramm gegen das Sitzenbleiben in der Schule. Kultusminister Olbertz kündigte an, er wolle erreichen, dass die Gründe für Sitzenbleiben und Schulversagen soweit wie möglich zurückgedrängt würden. Dazu solle der Praxisbezug im Unterricht vergrößert und die Schüler individueller gefördert werden. Mindestens ein Lehrer pro Schule würde sich speziell um mögliche Sitzenbleiber kümmern.

In Finnland gibt es keine Sitzenbleiber, dort rückt sogleich eine Art „Schlechte-Schüler-Feuerwehr“ aus. Österreich kämpft gegen den Negativtrend bei Migrantenkinder mit einem entsprechenden Passus im Staatsbürgerschaftsgesetz: Sitzenbleiber erhalten keine Staatsbürgerschaft, egal, in welchen Fächern es Fünfer gegeben hat. Und in Griechenland kann man in

Grund- und Mittelstufe nicht sitzen bleiben.



Abb.: der parteilose Kultusminister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz geht neue Wege

Droht der Weg in eine Zweiklassenschulbildung? (ein Kommentar von Martin Behrmann)

In einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ lehnte die damalige Kultusministerin Hohlmeier (die Tochter von F.J. Strauss) eine „Behüte-Pädagogik“ ab. Gleichzeitig ließ sie ihre eigenen Kinder eine Schule besuchen – die Waldorfschule –, die sehr behütend mit Kindern umgeht. Ich meine: Eine Pädagogik der „helfenden Beziehung“ ist die Grundlage erfolgreichen Lernens; sie stärkt die Leistungsfähigkeit. Deshalb muss man fragen: Weshalb soll eine Schule, die Schüler in besonderer Weise behütet und stärkt, nicht nur für ihre, sondern auch für **alle** Kinder gut sein?

Oder muss man nicht Ungeheuerliches vermuten: Kinder betuchter Eltern brauchen den Makel des Sitzenbleibens nicht fürchten!?

Merkel gegen Wirtschaft als Schulfach

Angela Merkel möchte Wirtschaft nicht als Schulfach einführen. Zwar wäre es nicht schlecht, wenn die Schüler nach 12 oder 13 Jahren einige Grundkenntnisse hätten, aber es müsse dafür nicht unbedingt ein eigenes Fach eingerichtet werden, sagte die CDU-Chefin bei der Preisverleihung „Jugend und Wirtschaft“. Dagegen forderte der Bankenverband ein eigenes Schulfach Wirtschaft. [...] Der Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, Manfred Weber, sagte, Wirtschaft müsse sachgerecht an den Schulen vermittelt werden. „Um ökonomische Zusammenhänge mit allen Ursachen und Auswirkungen von Grund auf zu begreifen, ist ein systematischer Unterricht erforderlich.“ Dies zu ermöglichen, sei Aufgabe der Politik.

(Quelle: RP-Online.de)



SPD-Kandidatenlisten für die Kommunalwahl 2006**Flecken Harsefeld**

1. Heiko Sudwischer
2. Angela Koch
3. Horst Schlenker
4. Petra Viets
5. Martin Zorn
6. Erwin Schiller
7. Harald Koetzing
8. Christoph Klein
9. Reinhard Oelkers
10. Anja Wulf
11. Hartwig Köster
12. Ines Fiedler
13. Heiko Kania
14. Marlene Gerken
15. Paul Lorenzen
16. Erwin Cordes
17. Martin Schnoor
18. Walter Wehrenberg
19. Michael Ospalski

Samtgemeinde I

1. Martin Behrmann
2. Ines Fiedler
3. Christoph Klein
4. Marlene Gerken
5. Harald Koetzing
6. Martin Zorn
7. Hartwig Köster
8. Anja Wulf
9. Reinhard Oelkers
10. Petra Viets
11. Paul Lorenzen
12. Erwin Cordes
13. Martin Schnoor
14. Walter Wehrenberg
15. Michael Ospalski
16. Heiko Sudwischer

Gemeinde Ahlerstedt

1. Dr. Hans-Martin Kallenberger
2. Nicola Brügge
3. Ralph Lindemann
4. Alexander Tsilikis
5. Hans-Bernd Lindner
6. Susanne Schieckel-Bockelmann

Gemeinde Bargstedt

1. Ingrid Klensang
2. Jürgen Dankers
3. Stefan Bunjes
4. Sabine Naß
5. Wilhelm Fitschen
6. Hans-Christoph Poppe
7. Sandra Menz
8. Martin Behrmann

Gemeinde Brest

1. Dieter Tomforde
2. Elke Wiebusch
3. Manuela Thien
4. Dr. Wilhelm Thiele
5. Ulrike Deterts-Thiele
6. Richard Feix

Samtgemeinde II

1. Hans-Peter Klensang
2. Ralph Lindemann
3. Dieter Tomforde
4. Elke Wiebusch
5. Dr. Hans-Martin Kallenberger
6. Jürgen Dankers
7. Susanne Schieckel-Bockelmann
8. Erwin Schiller

Schon auf der SPD-Mitgliederversammlung vom 09.06.2006 konnten die Kandidatenlisten zur Kommunalwahl am 10.09.2006 geschlossen werden. In weiteren Publikationen werden die Kandidaten dann näher vorgestellt.

Schweden : Vorfahrt für erneuerbare Energien

Schweden setzt voll auf erneuerbare Energien. So kündigte der Sozialdemokrat und schwedische Ministerpräsident Göran Persson in dieser Woche an, sein Land mit erneuerbaren Energien innerhalb von 15 Jahren unabhängig von Öl, Gas und Kohle zu machen. In Spanien beschloss das Kabinett Ende August, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch innerhalb der nächsten fünf Jahre zu verdoppeln.

Um dieses Ziel zu erreichen, möchte man in Schweden vor allem den Ausbau von Wind- und Bioenergie vorantreiben.

Bis 2020 soll Schweden komplett aus der Stromerzeugung mit fossilen Rohstoffen aussteigen

Wer würde sich in Deutschland trauen, solche Ziele zu formulieren????

Dazu sollen der Regierungserklärung von Ministerpräsident Persson zufolge in den kommenden Jahren Erneuerbare-Energien-

Kraftwerke gebaut werden, die zehn Prozent mehr Strom herstellen als sämtliche mit Öl, Gas oder Kohle betriebenen Kraftwerke des Landes derzeit produzieren (2003: 13,5 TWh).

Zusätzlich will die Regierung mit Steuererleichterungen im Wärmebereich in mehr als 250.000 der 3,8 Millionen schwedischen Haushalte den Umstieg von

Heizöl auf erneuerbare Energien fördern. Mit einer ähnlichen Initiative solle ebenfalls der Umstieg von Elektroheizungen auf umweltfreundlichere Formen des Heizens unterstützt werden, heißt es in der Regierungserklärung. Stockholm kündigte zudem Programme an, um die Forschung im Bereich erneuerbarer Energien zu fördern sowie den Export von entsprechenden Anlagen zu verstärken.



Abb. Schwedens Regierungschef Göran Persson

Die Pläne in Schweden zeigen, dass sich Deutschland mit seiner Politik zur Förderung erneuerbarer Energien auf einem guten Weg befindet. Sie mahnen aber auch dazu, keinen Fadenriss bei der Einführung dieser Technologien hierzulande zu riskieren. Andernfalls könnten wir unsere heutige Technologieführerschaft bei den erneuerbaren Energien schnell verlieren.

(Autor: Martin Behrmann)

Bürgerwehr: Unverantwortlich und dumm!

Politik und Gesellschaft generell sind natürlich immer in gewisser Weise mitverantwortlich, wenn es um Entstehung oder Ausbreitung rechter Gewalt geht.

Die Gründe hierfür sind mannigfaltig und können auch im Einzelnen bemessen werden.

Besonders verheerend ist es, wenn Massenblätter oder demokratisch legitimierte Politiker leichtfertig mit den gleichen Phrasen und Stammtischparolen wie die Rechten rumhantieren.

Als Beispiel gilt hier innere Sicherheit, **subjektive Sicherheit, objektive Sicherheit.**

So wird die subjektive Sicherheit der Bürger überwiegend durch Medien und tatsächliche Vorkommnisse sowohl positiv als auch negativ beeinflusst.

Sie wird manchmal auch nur suggeriert und unterliegt vielfach auch Meinungsschwankungen.

In der Regel werden statistische Werte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gesehen, damit absolute Zahlen keine Ergebnisse verwässern. Insgesamt lässt sich die objektive Sicherheit für alle Bürger in einem Bereich gleichermaßen darstellen. Im Einzelnen sind es:

- Kriminalitätshäufigkeit pro Einwohner
- Aufklärungsquote aller Straftaten

So ist hier in Niedersachsen die Zahl der Einbrüche in Wohnungen und Autos wie auch der Autodiebstähle in den vergangenen zwölf Jahren um etwa zwei Drittel zurückgegangen, die Straßenkriminalität hat insgesamt um 26 Prozent abgenommen.

Unbeeindruckt von diesen Fakten objektiver Sicherheit bricht nun der Innenminister Niedersachsens eine Diskussion um eine Art Bürgerwehr los, natürlich bemüht um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger.

Brisant wird es im besonderen Maße bei der Betrachtung von Ausländerkriminalität, Kriminalität durch zu zugewanderte Deutschstämmige, Kriminalität bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund (25%).

Zwar ist der prozentuale Anteil der Kriminalität der eben Genannten gestiegen. Das ergibt sich aber allein schon dadurch, dass diese auch statisch immer mehr werden.

Wenn dann aber die absoluten Zahlen dagegen gestellt werden, ist man überrascht, dass auch hier ein Rückgang zu verzeichnen ist.

Dass Massenmedien manchmal über die Stränge schlagen, ist schlimm genug. **Aber dass demokratisch gewählte Politiker Zahlen, Fakten und Statistiken in dümmlicher und undifferenzierter populistischer Stammtischmanier mischen, spielt nur dem braunen Mob zu, wird somit zitierfähig und ist damit unverzeihlich.**

In einem solchen Klima der Verunsicherung eine Bürgerwehr oder eine Bürgerpolizei mit erweiterten Rechten zu initiieren, lässt den einen oder anderen an Duplizitäten in der deutschen Geschichte erinnern.

Dem kleinen Koalitionspartner in Niedersachsen ist jedenfalls zu verdanken, dass es nicht zu einer erforderlichen Verfassungsänderung kommt, und es allenfalls in 15 ausgesuchten Kommunen vorerst zu einer Art Streifen- und Ordnungsdienst kommt. Fazit: Jeder in Gesellschaft und Politik trägt Verantwortung, auch für das gesprochene Wort....

(Autor: Martin Behrmann)

Jusos veranstalten „Rock gegen Rechts“ **Dr. Margrit Wetzel (MDB) als Gastrednerin**

Am 17. Juni ging es auf der Skateranlage am Brakenweg laut zu.

Rechtsradikalismus veranstaltet. Unter Mithilfe des SPD-Ortsvereins und verschiedener Sponsoren haben die Jungsozialisten ein Zeichen gegen Rechts gesetzt. Trotz Fußball-WM, Stader Altstadtfest und mäßigem Wetter konnte Dr. Margrit Wetzel vor rund 170 Jugendlichen über die Gefahr von Rechts reden. Margrit Wetzel betonte: „Ich bin froh und stolz, dass es unserer Jugendorganisation gelungen ist, eine solche Veranstaltung zu organisieren. Dass so viele Jugendliche und junge Erwachsene erschienen sind, zeigt, dass dieses Thema weiterhin aktuell ist und nicht schön geredet werden darf.“

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Martin Behrmann, hatte lobende Worte für die Parteimitglieder, die fleißig für diese Sache gespendet haben und zeigte sich begeistert von der organisatorischen Arbeit der Jusos. Martin Zorn, selber



Abb.: Musikalisches Stelldichein beim „Rock gegen Rechts“

Zum ersten Mal wurde in Harsefeld ein Konzert gegen Vorstandsmitglied in der SPD und Hauptorganisator

SPD : konstruktiv, kreativ und mitten im Leben

des Events, bedankt sich im Nachhinein für die tolle Unterstützung durch ortsansässige Firmen, die zum Teil kostenlos geholfen haben. Ideen für eine ähnliche Veranstaltung im nächsten Jahr gibt es bereits. Nun gilt es, wieder Sponsoren zu finden. Sollten sich bereits jetzt Geschäftsleute, Vereine und Musikgruppen für eine Teilnahme an einer Veranstaltung für Integration und gegen Ausländerfeindlichkeit interessieren, können sie sich unter Tel. 0176-22181992 oder per e-Mail 017622181992@o2online bei Herrn Zorn melden. Auf eine rege Teilnahme freuen sich die Jusos der SPD in der Samtgemeinde Harsefeld.

(Autor: Martin Zorn)

Kinder- und Familienfest der SPD in Harsefeld

Unter dem Namen "Kinder- und Familienfest" fand wieder das Familienevent der

Harsefelder SPD statt. In diesem Jahr gingen die Veranstalter mit neuem Elan an alter Stelle an die Ausgestaltung des Festes für unsere Kleinen.

Der Tankstellenpächter und Sozialdemokrat Michael Ospalski stellte das Grundstück am Handelsweg 1 zur Verfügung.

Das Spielangebot war umfangreich: Hüpfburg, Vogelstechen, Glücksrad, Geschicklichkeitsspiele mit Bällen, Zielwerfen mit Alt-CDs und Fußballkicken. Aber den größten Andrang konnte die Schminkecke verbuchen. Klar, dass das bevorzugte Motiv, die Deutschlandfahne, auf die Kinderwangen musste. Von der Begeisterung ihrer Kinder bei den Spielen wurden viele Erwachsene angesteckt.

Die Verpflegung mit Kaffee und Kuchen klappte wie immer hervorragend. Dabei ist natürlich auch Zeit für ein kleines Schwätzchen,

manchmal auch über Politik.... Nur am Würstchenstand lief der Verkauf wegen der Hitze schleppend. Die Freude der Kinder ist so ansteckend, dass wir, die Harsefelder SPD, wieder genug Motivation für das nächste Kinderfest haben.

(Autor: Martin Behrmann)

Porträt: Marlene Gerken

Ich heiße Marlene Gerken, bin 40 Jahre alt, seit etwas über einem Jahr Rentnerin und das aus einem bestimmten Grund: Ich bin von Geburt an mehrfach schwer behindert.



Abb.: Marlene Gerken



Abb.: Immer wieder der große Anziehungspunkt: die Hüpfburg

Mein Alltag sieht in der Regel in der Woche so aus: Ich stehe, wenn ich keine früheren Termine habe, meist erst gegen 10 Uhr auf. Um mich „vorzeigbar“ zu machen, brauche ich etwa eine Stunde, dies ohne Schminken oder Waschen der Haare. Einmal in der Woche werde ich von Mitarbeiterinnen der Sozialstation geduscht. Ebenfalls einmal die Woche

hilft mir jemand bei der Haushaltsführung.

Nach meiner Morgentoilette esse ich meist eine Kleinigkeit. Warm gegessen wird in der Regel abends. Danach nehme ich meine regelmäßigen Termine wahr, die für ein einigermaßen selbst bestimmtes Leben unabdingbar sind: montags, dienstags und mittwochs abwechselnd Krankengymnastik, Massage und Lymphdrainage. Damit habe ich regelmäßig auftretende Schmerzen im Griff.

Donnerstags habe ich zusätzlich Ergotherapie.

Diese Termine dauern oft den ganzen Nachmittag.

Was ich mir von meiner Umwelt wünsche, ist nicht so einfach zu formulieren.

Neben konkreten Wünschen wie

- einen Schwerbehindertenbeauftragten für die Samtgemeinde Harsefeld
- Selbstverteidigungskurse für Senioren und Schwerbehinderte
- Einbeziehung des Behindertenbeirats zum Beispiel beim Neu- oder Umbau von Gebäuden, damit teure nachträgliche Anpassungen vermieden werden

habe ich noch andere, beispielsweise

- farbig abgesetzte Zebrastreifen
- sich automatisch öffnende Türen bei Geschäften und Behörden.

Mein größter Wunsch, der auch nicht mit sehr viel Geld zu erfüllen ist:

Ich, Marlene Gerken, möchte als Mensch gesehen werden, mit all meinen Stärken und Schwächen. So möchte ich auch mit all den Menschen umgehen, die mir begegnen.

Zu mir gehört meine Behin-

abzubauen und die öffentliche Meinung für die Probleme der Behinderten zu sensibilisieren, damit die Behinderten uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Sie fordern die Kommission auf, den Austausch von Informationen zwischen allen Beteiligten zu fördern,



Abb.: Marlene Gerken vor der Post in Harsefeld

derung wie zu jemand anderem seine Eigenschaft oder Einschränkung. Sie hat mich zu dem Menschen gemacht, der ich heute bin.

(Autorin: Marlene Gerken)

Solidarität: Der EU-Rat

Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen bekräftigen ihr Bekenntnis zu dem Grundsatz der Chancengleichheit bei der Erarbeitung umfassender Maßnahmen für Behinderte sowie zu dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung und fordern die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, zu prüfen, ob die entsprechenden einzelstaatlichen Maßnahmen es ermöglichen, die bestehenden Hindernisse

Fortschritte vorzulegen und die Ergebnisse der Evaluierung von Helios II zu berücksichtigen.

Impressum :
Verantwortlich i.S.d.P.
Martin Behrmann
Drau 5
21698 Bargstedt

Redaktion:
Marlene Gerken
Martin Behrmann
Martin Zorn

Satz und Druck
Klaus Hunger
Werbecenter
09114 Chemnitz
Glösaer Str. 175
Tel: 0371-427117
Fax: 0371-427116

SPD